



# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Andreas Burckhardt  
Grossratspräsident

## **Antrittsrede als Präsident des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt**

8. Februar 2006

Sehr geehrte Frau Statthalterin

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Grossen Rat

Sehr geehrte Damen und Herren Regierungsräte

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Tradition will es, dass zur Eröffnung jedes Legislaturjahres der frisch gewählte Präsident oder die Präsidentin eine Antrittsrede hält. Dieser Tradition will ich mich ebenfalls unterziehen. Vorweg aber danke ich Ihnen für die Ehre, die Sie mir und meiner Partei, den Liberalen, mit meiner Wahl als Präsident des Grossen Rates erwiesen haben.

Es ist eine Schweizer Eigenheit, dass der protokollarisch höchste Vertreter eines Kantons oder des Bundes zwar hinaufgehoben, dann umgehend aber in seinem Einfluss wieder beschränkt wird, indem ihm die Kompetenz nur auf ein Jahr verliehen wird und er, abgesehen vom seltenen Fall des Stichentscheids, auf die politischen Geschäfte während eines Jahres keinen Einfluss mehr nehmen kann. Er trägt aber die Verantwortung für das Funktionieren des Parlamentes und für die Repräsentation des Kantons an Festanlässen. Die eigentliche Vertretung des Kantons in Sachgeschäften bleibt der Regierung vorbehalten. Dies ist gut so.

Ich bin mir der Verantwortung bewusst, die Sie mir mit der Wahl übertragen haben, und will versuchen, mit Ihrer Unterstützung den Ansprüchen, die Sie und die Einwohnerinnen und Einwohner unseres Kantons an den Inhaber dieses von mir eben erst angetretenen Amtes stellen, gerecht zu werden.

Mein Amtsvorgänger, Bruno Mazzotti, hat mich während eines Jahres in die Tätigkeit eingeführt und hat gezeigt, wie man mit der nötigen Gelassenheit und dennoch bestimmt den Ratsbetrieb leiten kann. Er hat selten zur Glocke gegriffen, sondern den Lärm im Saal mit freundlichen Ermahnungen zu senken versucht. Seine Aufgabe, den stark erneuerten Grossen Rat im ersten Jahr der Legislaturperiode zu einem neuen Ganzen zusammenzuschweissen, hat er hervorragend gemeistert und hat durch seine konziliante und humorvolle Art dem Rat ein gutes Arbeitsumfeld geboten. Dafür darf ich ihm - sicher auch in Ihrem allen Namen - hier nochmals sehr danken.

Neben dem Dank an meinen Ratsvorgänger liegt es mir daran, alle diejenigen Personen, die im Hintergrund für das Funktionieren des Ratsbetriebes im weitesten Sinn verantwortlich zeichnen, an das Licht der Öffentlichkeit zu ziehen: Thomas Dähler und sein uns wirkungsvoll unterstützender Parlamentsdienst ist aus unserem Betrieb nicht mehr wegzudenken. Peter Fischer mit seiner Crew sorgt hier im Plenarsaal für Bild und Ton und

hilft uns immer wieder, dass wir hier, aber auch für die Kommissionssitzungen in anderen Räumen im Rathaus ein angenehmes und für unsere Arbeit gedeihliches Umfeld vorfinden. Und Frau Rünzi betreut uns immer freundlich im Rathaus-Käffeli und stärkt uns während länger dauernden, nicht immer erfrischenden Debatten. Sie alle erleichtern unsere Tätigkeit und wir wollen ihnen dabei nach Kräften behilflich sein.

Weiter ist es mir ein Anliegen, mich auch gegenüber dem Vorstand der Handelskammer beider Basel erkenntlich zu zeigen. Der Vorstand dieser in privatrechtlicher Vereinsform organisierten Institution hat mich ermutigt, dieses Präsidium in Milizfunktion zu übernehmen, auch wenn ich dadurch während des kommenden Jahres in meiner beruflichen Tätigkeit als Direktor der Handelskammer zeitlich und inhaltlich etwas eingeschränkt sein werde. Dass die Übernahme eines solchen Amtes möglich ist, verdanke ich aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle der Handelskammer beider Basel, die bereit sind, mich während des kommenden Jahres in meinem beruflichen Umfeld derart zu unterstützen, dass ich die nötigen Freiräume für ein Engagement als Präsident des Grossen Rates finden kann.

Selbstverständlich wäre ein solcher Einsatz nicht verkraftbar, wenn meine Frau Marie-Christine und meine drei Kinder mich nicht aktiv, manchmal auch eher dulddend, in jedem Fall aber kritisch und aufmunternd begleiten würden. Meine Familie bietet mir für alle meine Tätigkeiten, insbesondere auch während dem kommenden Jahr für das Grossratspräsidium den unverzichtbaren Rückhalt, für den ich am Anfang dieses Legislaturjahres auch ihnen in aller Öffentlichkeit ausdrücklich Dank sagen will.

Viele meiner Wertvorstellungen und die Grundlagen meines Denkens habe ich aus meinem Elternhaus mitbekommen. Ich bin meinen Eltern sehr dankbar, dass ich bei ihnen lernen durfte, politische Entwicklungen zu verfolgen, mir dazu eine eigene Meinung zu bilden und diese im Bewusstsein zu äussern, dass es sich immer um eine Einzel-Meinung und nie um eine absolute Wahrheit handelt. Allen, die mich auf meinem bisherigen Weg unterstützt haben, und hoffentlich auch weiter unterstützen werden, im Hinblick auf dieses Amt vor allem auch die Partei und Fraktion der Liberalen, bin ich zu grossem Dank verpflichtet.

Nach diesen Vorbemerkungen komme ich nun zu meinem eigentlichen Anliegen:

Ich wünsche mir, dass wir unsere Tätigkeit im Grossen Rat im Amtsjahr 2006/2007 unter den Obertitel "**Offenheit und Toleranz**" stellen.

Beide Begriffe stehen in einem engen Zusammenhang. Offen für Neuerungen und Verbesserungen kann nur jemand sein, der zumindest bereit ist, anderen zuzuhören und auf deren Vorschläge und Ideen einzugehen, auch wenn diese vielleicht anfänglich noch ungewohnt und unverständlich scheinen. Diese Bereitschaft, einander zuzuhören, ist der erste Schritt zur Toleranz. Und tolerant können wir nur sein, wenn wir nach der vorgängigen Festlegung unseres eigenen Standpunktes bereit sind, diesen eigenen Standpunkt zwar kund zu tun, dennoch aber in der Diskussion so offen bleiben, dass wir nach dem Austausch der einzelnen Standpunkte im Interesse aller eine gemeinsame bessere Lösung erarbeiten können. Der Dialog im offenen Geist ist und bleibt Grundlage aller Lösungen in einem demokratischen Staat. Den Dialog wollen wir in diesem Haus in gegenseitigem Respekt auch im kommenden Jahr pflegen.

Aufgabe des Grossen Rates ist es, Gesetze zu verabschieden und Beschlüsse zu fassen, die den Einwohnerinnen und Einwohnern unseres Kantons ebenso wie den hier tätigen

Personen und Unternehmen eine möglichst gute Grundlage für ihr Sein und ihr Tun bilden.

### **Vergleich des Umfeldes mit unserem Parlament**

Am Ende des vergangenen Jahres lebten noch knapp 188'000 Einwohnerinnen und Einwohner in Basel. Davon 30 % Ausländer. Von diesen 188'000 sind in Basel-Stadt rund 110'000 stimmberechtigt. Wir können also sagen, dass (bei einer fiktiven hundertprozentigen Stimmbeteiligung) wir nur knapp 60 % aller in unserem Kanton wohnenden Personen repräsentieren. Wenn wir uns dennoch die Aufgabe stellen, mit unseren Beschlüssen die ganze Bevölkerung im Kanton zu berücksichtigen, müssen wir auch für die Anliegen der übrigen 40 % ein offenes Ohr und vor allem einen offenen Geist haben.

Wir erheben daneben aber auch den Anspruch, mit unseren Gesetzen die idealen Rahmenbedingungen zu legen für alle über 150'000 in unserem Kanton Beschäftigten. Wenn wir wissen, dass von der basel-städtischen Wohnbevölkerung etwas mehr als 90'000 Personen erwerbstätig sind, so ziehen wir auch den Schluss, dass wir über die Arbeitsplätze von knapp 60'000 Personen mitbestimmen, die uns nie wählen können, weil sie nicht im Kanton wohnen. Die Hälfte davon, also rund 30'000 Personen, kommen aus der badischen oder elsässischen Nachbarschaft. Wir müssen daher bei unseren Beschlüssen auch offen sein für die Anliegen und Bedürfnisse der hier arbeitenden übrigen Schweizer, Elsässer und Badenser.

Ich habe die Zahlen aus dem Statistischen Jahrbuch entnommen und will damit nur aufzeigen, dass wir als Parlamentsangehörige uns stets bewusst sein müssen, dass unser Einsatz und unsere Beschlüsse Wirkungen entfalten, die weit über unsere potentielle Wählerschaft hinaus wirken. Dies verlangt von jedem Einzelnen von uns, sich bei seinen persönlichen Entscheiden als Parlamentarier offen zu zeigen für die Bedürfnisse all derjenigen, die nicht zur eigenen Klientel gehören. Insbesondere sollten wir jeweils die eigenen persönlichen Interessen zurücksetzen zu Gunsten der gesamten hier und in unserer Umgebung wohnenden Bevölkerung und aller hier arbeitenden Beschäftigten.

Ich kann diese Zahlenüberlegungen in Bezug auf die Repräsentativität des Grossen Rates noch weiter treiben:

Während in der Bevölkerung die Frauen einen Anteil von ca. 52 % einnehmen, sind sie hier im Rat nur mit 36 % vertreten.

Während die Staatsangestellten in Basel-Stadt einen Anteil von etwas über 11 % aller Beschäftigten ausmachen, kommen sie hier im Rat auf rund 30 %. Stärker präsent sind in diesem Haus nur die Vertreter von Verbänden, Gewerkschaften und Parteien, welche gegenüber einem verschwindend kleinen Anteil in der Zahl der Beschäftigten hier im Rat ganze 12 % stellen. Wundern Sie sich daher nicht, dass ein Vertreter dieser Gruppe nun gerade zu Ihnen spricht.

Zu denken geben, muss uns vor allem die Tatsache, dass von den rund 135'000 Beschäftigten aus der Privatwirtschaft, was einem Anteil von

87 % entspricht, hier im Rat nur gerade 58 oder knapp unter 45 % vertreten sind. Diese Personengruppe ist damit massiv untervertreten, noch weit stärker als die Frauen!

Alle diese Feststellungen führen mich als Liberalen nicht dazu, nach neuen Quotenregelungen zu rufen. Denn ich bin der festen Überzeugung,

- dass Frauen sich auch durch Männer gut vertreten fühlen können,
- dass zum Beispiel Hauseigentümer ihre politischen Interessen auch durch Mieter vertreten lassen können und
- dass privatwirtschaftliche Anliegen auch durch Staatsangestellte eingebracht werden können.

Dazu braucht es allerdings bei jedem Einzelnen von uns das Bewusstsein und den Willen, nicht nur engste Eigeninteressen zu vertreten, sondern im Hinblick auf den gesamten Kanton und im Interesse aller tätig zu sein.

### **Nachhaltige Politik**

Wir sprechen immer wieder von einer nachhaltigen Politik und verstehen darunter, dass kommenden Generationen die gleichen Ressourcen, die gleichen Möglichkeiten und die gleichen Grundlagen zur Verfügung stehen sollen, wie wir sie angetroffen haben. Nachhaltige Politik bedeutet also, dass wir unsere Entscheidungen und Beschlüsse so fällen, dass die ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung im Gleichgewicht bleiben. Wer nur den Schutz der Umwelt vorantreibt, ohne auf die wirtschaftliche Entwicklung und auf die sozialen Gegebenheiten zu achten, wer nur wirtschaftlich den Erfolg sucht, ohne auf die Umwelt und den sozialen Frieden zu achten, oder wer nur die Integration betont, ohne wirtschaftliche Gegebenheiten zu berücksichtigen, der betreibt keine nachhaltige Politik.

### **Wirtschaftliche Entwicklung unserer Region**

Sie werden nun nicht überrascht sein, wenn ich mich nach diesen Aussagen zur wirtschaftlichen Entwicklung unserer Region äussere. Dabei gehe ich nach dem vorher Gesagten ohne erneute Erwähnung davon aus, dass diese wirtschaftliche Entwicklung unter Beachtung der Ökologie und nachhaltiger sozialer Zielsetzungen erfolgen muss. Es ist unter anderem das Verdienst der Wirtschaftsverbände in Basel-Stadt, des Basler Volkswirtschaftsbundes, des Gewerbe-Verbandes Basel-Stadt und der Handelskammer beider Basel, dass in der Wirtschaft das ökologische und das soziale Gewissen durchaus präsent sind.

Die Wirtschaft hat für unseren Kanton, seinen Wohlstand und seine Entwicklung eine überaus grosse Bedeutung. Im vergangenen Jahr erbrachten die juristischen Personen mit ihren Gewinnsteuern, Kapitalsteuern und Grundstücksteuern fast ein Viertel des ganzen Steueraufkommens, was im schweizerischen Vergleich ausserordentlich ist. Rund ein Viertel unserer Steuereinnahmen kommt direkt aus der Wirtschaft. Daneben ist auch noch zu berücksichtigen, dass die Steuern der natürlichen Personen zum grössten Teil als Löhne ebenfalls in der privaten Wirtschaft generiert werden. Wir haben also alles Interesse daran, in unserem Kanton eine florierende Wirtschaft zu erhalten oder gar durch Neuansiedlung zu vergrössern.

Häufig wird uns in Erinnerung gerufen, dass die Lage unserer Stadt an einem Verkehrsknotenpunkt Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs und unseres Wohlstands bildet. Durch den Bau der Mittleren Brücke, welche seit dem Mittelalter einen europäischen Schnittpunkt der Nord-Süd- und der Ost-West-Achsen bildete, war Basel für Handel und

Gewerbe interessant. Diese Stellung als Verkehrsknotenpunkt haben wir bis zum heutigen Tag behalten. Wir sind daher in Basel auch heute noch Logistikstandort Nummer Eins in der Schweiz. Dies hat unter anderem zur Folge, dass über 10 % unserer bescheidenen Kantonsfläche mit Eisenbahnanlagen und mit Hafenanlagen bedeckt sind. Diese Anlagen schränken die Entwicklungsmöglichkeiten unserer Stadt ein, sind aber gleichzeitig eine Grundlage, dass Handel und Industrie sich in Basel niedergelassen und bis heute geblieben sind. Basel ist der drittgrösste Finanzplatz der Schweiz, ist der grösste Messeplatz der Schweiz und ist unbestritten auch führender Standort für die Chemische und die Pharmazeutische Industrie. Damit ist auch die Grundlage gelegt für die weitere Entwicklung unseres Kantons.

Die wirtschaftliche Entwicklung verlief vom Zweiten Weltkrieg bis in die 80iger Jahre des vergangenen Jahrhunderts in ruhigen und geordneten Bahnen; der Strukturwandel vollzog sich langsam, die Seidenband-Industrie zum Beispiel, die ursprünglich Patin für die Entwicklung der Farbenchemie war, bildete sich schrittweise zurück. Eine erste grössere Veränderung zeichnete sich mit der Fusion von Ciba und Geigy ab. 1996 erfolgte dann die Fusion von Ciba-Geigy mit Sandoz, wobei gleichzeitig durch die Abspaltung der Clariant, der Ciba Spezialitätenchemie und der Syngenta unsere Region neue Impulse und neue Wachstumschancen erhielt. In ihrer sozialen Verantwortung hat die Novartis seinerzeit auch mit dem Novartisfonds bewusst Mittel zur Verfügung gestellt, um Neugründungen zu unterstützen. Dieser Fonds hat in den acht Jahren seines Bestehens über 50 Mio. Franken in 42 neue Unternehmen im BioValley investiert. Die 90iger Jahre waren auch die Zeit, als einer der Gründerväter unserer Regio, Hans Briner, erstmals die Idee eines trinationalen BioValley, welches sich von Strassbourg über Freiburg bis in die Nordwestschweiz erstreckte, auf den Tisch legte. Diese trinationale BioValley-Idee ist seither gewachsen und unter anderem auch durch Interreg-Gelder aus Bruxelles, aber auch durch eidgenössische Unterstützung wesentlich vorangekommen.

In der Nordwestschweiz haben wir - unter anderem wegen der Entwicklung der Life Sciences Branche - eine vergleichsweise niedrige Arbeitslosenquote und im Vergleich zur übrigen Schweiz ein überdurchschnittliches Wachstum zu verzeichnen. Im Zeitraum von 1998 bis 2004 hat sich die Zahl der Start-ups in diesem Bereich von 40 auf 140 Firmen erhöht, worunter die nun an der Börse gehandelten Firmen Basilea Pharmaceutica, Arpida, Actelion und Speedel Pharma. Es ist gelungen, eine technologie- und innovationsorientierte Infrastruktur aufzubauen, unter anderem den im Entstehen begriffenen Sciences Park in Basel und verschiedene Innovations- und Technologiezentren in den Nachbarkantonen.

In Zusammenarbeit der beiden Kantone und deren Wirtschaft ist eine Wirtschaftsförderung eingerichtet worden, die ohne direkte finanzielle Zuwendungen neuen Firmen hilft, sich in der Region anzusiedeln. Sie wird in der Pflege des Unternehmensstandortes für Life Sciences Unternehmen von den Wirtschaftsverbänden aktiv unterstützt. Diese Wirtschaftsförderung haben wir auf die regionale Stärke "Life Sciences" konzentriert, selbstverständlich ohne andere Ansiedlungen auszuschliessen.

In Ergänzung zur Wirtschaft haben die Hochschulen reagiert. So ist auch die neue Ausrichtung unserer Universität und der Fachhochschule zustande gekommen. Die Universität ist von übermässigen staatlichen Fesseln befreit worden und kann sich nun dank der gemeinsamen Trägerschaft der beiden Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt klar ausrichten. Der Universitätsrat hat als Schwerpunkte schon in seinem ersten Strategiebericht die "Life Sciences Wissenschaften" und "Kultur" als Schwerpunkte definiert

und in den vergangenen Jahren konsequent darauf hingearbeitet. Dass dies nicht immer ohne Schmerzen möglich war, ist in Anbetracht der beschränkten vorhandenen finanziellen Mittel nicht überraschend.

Der Grosse Rat hat durch die Verselbständigung der Universität und durch seine Bereitschaft in seiner Mitbestimmung eine distanziertere Rolle zu übernehmen, wesentliche Geburtshilfe für diese seinerzeit schweizweit beachtete Entwicklung geleistet.

Im vergangenen Jahr hat sowohl der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt als auch die Kantonsparlamente von Baselland, Solothurn und Aargau der Bildung der neuen Fachhochschule Nordwestschweiz zugestimmt und damit in Muttenz den Schwerpunkt Life Sciences angesiedelt. Der erste Studiengang wird im Herbst starten und wir alle hoffen, dass diese Ausbildung nach dem Bologna-System zu einer nächsten Erfolgsgeschichte wird.

Wissenschaft und Lehre in der Nordwestschweiz ziehen somit in Bezug auf die Life Sciences am gleichen Strick. Die Grundlagen für eine weitere Entwicklung der Life Sciences Branche ist gelegt und ich erlaube mir, uns allen die Definition von Life Sciences in Erinnerung zu rufen: Life Sciences umschreiben Forschung und Anwendung in den Bereichen Biologie, Medizin, Pharmazie, Biotechnologie, Nanotechnologie, Medizinaltechnik und Pflanzenwissenschaften.

Nächste Schritte stehen an. Es geht nun darum, das Institut für System-Biologie, mit welchem die Grundlagen-Forschung der ETH die Nähe zur angewandten Forschung der Life Sciences Industrie in unserer Region sucht, zu verwirklichen. Hier sind die Regierung und die Wirtschaft gefordert und ich bin überzeugt, dass wir auch hier in gut baslerischer Manier eine für unsere Region fruchtbare Lösung verwirklichen können.

### **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit**

Am Beispiel des trinationalen BioValley kann auch die Bedeutung der trinationalen Zusammenarbeit in unserem Raum verdeutlicht werden. Der seinerzeitige Oberbürgermeister von Freiburg hat im Bio-Regio-Wettbewerb des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Jahre 1995 schmerzhaft erfahren müssen, dass die Bedeutung der Region Freiburg mit seiner Life Sciences Wirtschaft allein nicht ausreicht, um die nötige Unterstützung innerhalb Deutschlands zu erhalten. In einem Gespräch hat er mir damals dargelegt, dass dieses trinationale BioValley als Wirtschaftsregion in der innerdeutschen Betrachtung unbestritten an erster Stelle gestanden hätte und damit die nötigen Bundes-Fördermittel erhalten hätte, wenn wir die Life Sciences Industrie in der Nordwestschweiz, im Elsass und in Südbaden hätten gemeinsam präsentieren können.

Dies muss uns dazu führen, dass wir die wirtschaftliche Entwicklung der Life Sciences Branche zwar in den drei nationalen Teilregionen separat vorantreiben, immer aber wieder die Koordination und die Zusammenarbeit innerhalb des gesamten trinationalen BioValley suchen müssen. Mit der RegioTriRhena, der Oberrheinkonferenz und dem Oberrheinrat haben wir hier die grundlegenden Strukturen geschaffen, um die Zusammenarbeit auch in Zukunft zu verstärken. Sie muss aber von uns allen gepflegt werden und ich bin daher froh, dass am morgen in Freiburg stattfindenden Dreiländerkongress auch viele hier anwesende Parlamentsmitglieder teilnehmen werden.

Ich habe soeben am Beispiel der Life Sciences aufgezeigt, wie wichtig die wirtschaftliche Entwicklung für den Wohlstand in unserer Region ist. Life Sciences soll hier als Teil für das

Ganze stehen. Wir müssen in diesem Parlament bereit sein und unseren Geist offen halten, um für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Kanton, in der Nordwestschweiz und in der trinationalen Region die nötigen Grundlagen für eine Weiterentwicklung zu schaffen. Nur mit einer trinationalen in wirtschaftlichem, ökologischem und gesellschaftlichem Sinne nachhaltiger Entwicklung werden wir im weltweiten Wettbewerb als Standort wahrgenommen und werden uns unter anderem auch im Vergleich mit Standorten in den Vereinigten Staaten oder im aufstrebenden Fernen Osten behaupten können. Dazu brauchen wir hier eine gesunde Wirtschaft. Zu einer gesunden Wirtschaft gehören Industrie, Handel, Dienstleistungen und das Gewerbe. Und einmal mehr gilt, dass wir Partikulär-Interessen im Interesse des Gesamten zurückstellen müssen.

Für eine erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft ist neben der Koordination mit der Ausbildung in Schulen und Hochschulen, die ich am Beispiel der Life Sciences Wirtschaft gezeigt habe, auch ein optimaler Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der Telekommunikation nötig. Wirtschaftliche Entwicklung verlangt auch nach Planungssicherheit, zum Beispiel in der Raum- und Stadtplanung, und braucht günstige steuerliche und konstante rechtliche Rahmenbedingungen. Wirtschaftliche Entwicklung braucht verlässliche politische Partner. Dafür sollten Regierung und Parlament in unserem Kanton stehen.

### **Parlamentsbetrieb**

In den letzten Legislaturperioden haben wir viel über die Arbeit des Parlamentes diskutiert. Wir haben nun unser Parlament gestärkt, indem wir mit neuen Instrumenten, vor allem aber mit einem gut ausgestatteten Parlamentsdienst Grundlagen für eine effizientere Arbeit geleistet haben. Dabei sind wir davon ausgegangen, dass es auch in Zukunft möglich sein soll, als Milizparlament zu arbeiten, das heisst, dass die Mitglieder die politische und parlamentarische Arbeit neben einer normalen beruflichen Tätigkeit leisten können. Dies verlangt aber auch von uns allen, dass wir uns selbst disziplinieren und unsere Kräfte nicht zum Beispiel durch allzu viele Vorstösse verzetteln. In der Familie, im Privatleben und vor allem auch im beruflichen Leben sind wir alle gewohnt, unsere Ziele zu erreichen, indem wir uns auf das Wesentliche konzentrieren. Dies dürfte wohl auch eine vernünftige Maxime für die politische Arbeit sein. Und wesentlich in der parlamentarischen Arbeit ist, dass wir uns über die grundlegenden Fragen miteinander aussprechen, von den verschiedenen gegenseitigen Standpunkten aus einander annähern und schliesslich nach einem intensiven anregenden Dialog Lösungen finden, die von einer deutlichen Mehrheit getragen werden. Dazu gehört auch, dass wir hier im Parlament weniger uns selbst und unsere Fraktionen in den Vordergrund stellen. Ich freue mich daher mit Ihnen, wenn wir in den Kommissionen gemeinsam Lösungen erarbeiten können. Für die Debatte im Plenum des Grossen Rates aber wird es bereichernd sein, wenn weder Fraktions- noch Kommissionsstandpunkte, wie sie sich in Kommissionsberichten oder dem sogenannten "Krüzlistich" zeigen, sakrosankt oder in Stein gemeisselt sind.

In diesem Sinne darf ich unseren aus der Region stammenden Nationalratspräsidenten zitieren, der in seiner Antrittsrede Ende November 2005 gesagt hat:

"Im Verlauf der Beratungen in den Räten bedarf es immer wieder eines Aufeinanderzugehens. Nehmen Sie sich auch bei scheinbar unbedeutenden Fragen die Mühe, zu prüfen, ob ein Vorschlag aus einem anderen Lager nicht geeignet ist, den

Konkordanzprozess weiterzubringen. Es ist klar, dass Fraktionen (und ich ergänze: und Kommissionen) in Grundsatzfragen nur ungern von ihren Positionen abweichen. Tatsache ist aber auch, dass es Wenigen gelingt, ihre Maximalforderungen durchzusetzen. Die Bevölkerung - das ist meine wichtigste Botschaft - erwartet von uns tragfähige Lösungen. Brückenbau ist gefragt, und das setzt Querdenkerinnen und Querdenker voraus. Ich ermuntere Sie, im Wissen, dass das bei anwesenden Partei- und Fraktionspräsidenten und -präsidentinnen kaum auf Begeisterung stossen wird: Trauen Sie sich bisweilen mehr Quersicht zu, das würde den Konsens erleichtern."

Dies meine ich mit meiner Aufforderung zu Offenheit und Toleranz.

Damit, Frau Statthalterin, meine Damen und Herren, eröffne ich das zweite Legislaturjahr der 40. Legislaturperiode unter der Verfassung von 1875. Es ist gleichzeitig das letzte Jahr, welches ganz unter der erwähnten Verfassung steht.

Am Heinrichstag des Jahres 2006 am 13. Juli, an welchem im Jahr 1501 Basel der Eidgenossenschaft beitrug, tritt die im vergangenen Jahr vom Volk mit grossem Mehr verabschiedete neue Verfassung in Kraft.